



„Solar Mobil“ ist der Ausdruck für die Abhängigkeit jeglicher irdischer Lebendigkeit von der Sonne.
(Präambel zur Vereinssatzung)

Stellungnahme zu Klimaschutz, Energie- und Verkehrswende 2016

Energie- und Verkehrswende sind die wichtigsten Werkzeuge, um den Klimawandel so stark abzubremsen, dass auch nachfolgende Generationen hier in Deutschland leben können. Es ist unstrittig, dass Deutschland zu den Ländern gehört, die viel zu viel CO₂ in die Luft entlassen und deswegen fast alles CO₂ und andere Treibhausgase vermeiden müssen, um unsere Welt lebenswert zu erhalten.

Das ist zu 99% Konsens in den seriösen Wissenschaften. Der Bundestag hat daher die Energiewende beschlossen.

Trotz zunehmender Unwetterkatastrophen zahlen nicht wir Europäer den Hauptpreis des Klimawandels, sondern die armen Völker im Süden, Osten und rund ums Mittelmeer. Deren Flüchtlinge suchen Schutz bei uns. Das Problem holt uns also in jedem Fall ein.

Was aber die deutsche Bundesregierung aktuell im Sommer 2016 mit der EEG-Neufassung und anderen Maßnahmen beabsichtigt, ist ungeeignet, um den Klimawandel aufzuhalten.

Ausschreibungsmodelle

Um das Erstellen von Großanlagen (Wind und PV) sollen sich Anbieter auf Ausschreibungen bewerben. Das ist gut für kapitalkräftige Firmen, die gleichzeitig mehrere Ausschreibungen bewältigen und den Verlust von ca. 500.000 € für die Kosten jeder erfolglosen Bewerbung wegstecken können.

Das ist aber zugleich das Ende der Beteiligung von Bürgergesellschaften an großen Wind- und Solarprojekten, denn die können sich keine einzige erfolglose Bewerbung leisten.

Angeblich soll dadurch der Strom billiger werden. Erste Erfahrungen in anderen Ländern zeigen aber, dass er unter Umständen dadurch teurer werden kann.

Bürgerbeteiligung vor Ort

Großprojekte, die von ortsfremden großen Firmen geplant und gebaut werden, treffen – vor allem bei Windkraft – vermehrt auf Ablehnung der örtlich betroffenen Bürger. Bürgeranlagen sind insgesamt weniger umstritten. Wo Bürger direkt beteiligt sind, spricht man im Vorfeld vor Ort miteinander und diskutiert und beteiligt sich auf gleicher Augenhöhe.

Dezentralität

Sonnenschein, Wind- und Wasserkraft sind ebenso wie Biomasse dezentrale Energiequellen, die weiträumig verteilt vorkommen. Das war bisher die Chance der örtlichen Bürgergesellschaften, der Stadtwerke und der Privatleute, die die Energiewende seit 20 Jahren dezentral vorantrieben. Das will die Bundesregierung ändern, indem sie deren Marktzugang mit Hindernissen spickt und die Bedingungen so ändert, dass vorwiegend kapitalkräftige Großfirmen zum Zug kommen.

Bürgerengagement eingeschränkt

Die EU hat in ihrer Richtlinie für Bürger- und Gewerbeanlagen (PV und Wind) großzügige Freiheiten von der Ausschreibungspflicht vorgegeben. Die Bundesregierung schränkt diesen Spielraum aber für Deutschland erheblich ein. Warum? Das wird nicht gesagt.

Das geht aber erneut zu Lasten der Bürgerbeteiligung an der Energiewende. Ohne Bürgerbeteiligung kommt die Energiewende aber nicht ins Ziel.



Mindestzubau statt Obergrenzen!

Das beschlossene Ziel der Energiewende, die CO₂-Emissionen bis 2050 auf Null zu senken, wird durch die Einführung von Obergrenzen für den jährlichen Zubau an regenerativer Leistung unerreichbar. Die Klimaerwärmung ist so nicht auf 2° zu begrenzen.

Die Energiewende braucht höhere jährliche Mindestzuwachsraten bei erneuerbaren Energien, um erfolgreich zu sein, keine Vollbremsung. Netzregelung und Speicherung müssen ergänzend dazu vorrangig ausgebaut werden. Einige Fernstromleitungen wird man brauchen.

Die bis 2022 vom Netz gehenden Atomkraftwerke müssen durch Sonne, Wind und Wasser ersetzt werden, nicht durch noch mehr Kohlestrom. Das klappt keinesfalls mit den vorgesehenen viel zu niedrigen Obergrenzen für Regenerative.

Arbeitsplätze

Die Anwendungsdauer schmutziger Techniken wie Braunkohlebergbau und Kohleverstromung will die Regierung wesentlich länger als klimaverträglich garantieren. Der deutschen Wind- und Solarindustrie (Maschinenbau) wird dafür der Markt abgewürgt, sie muss z.T. ins Ausland abwandern. Das kostete seit 2009 – und kostet Deutschland nun erneut – ca. fünfmal so viele Arbeitsplätze wie es im gesamten Kohlesektor noch gibt.

Wer zukunftsfähige Arbeitsplätze erhalten und neue aufbauen will, muss den regenerativen Energien gekoppelt mit Speichern den Markt öffnen, darf deren Marktzugang nicht zu Gunsten der Kohle verstopfen.

Neue Arbeitsplätze werden alte ersetzen. Auch diese Umstellung und die notwendigen Umschulungen brauchen Zeit, die derzeit vertan wird.

Sonnensteuer

Wirtschafts- und Finanzministerium wollen die Naturkräfte Sonne und Wind mit Steuern und Abgaben belegen. Der selbst erzeugte und selbst verbrauchte Strom wird schon seit 2014 damit belastet. Diese Naturkräfte sind ihrem Wesen nach Allgemeingüter. Mit welchem Recht erhebt der Staat Abgaben auf den Sonnenschein – egal, ob daraus Strom oder Äpfel und Tomaten gewonnen werden? Oder kommt nachfolgend die Tomatensteuer?

Insbesondere der Selbstverbrauch von Sonnen- und Windenergie muss unbelastet bleiben!

Saubere Atemluft

Auf der anderen Seite verweigert bzw. verschleppt unsere Regierung wirksame Maßnahmen, um für die Luftverschmutzung mit CO₂, NO_x und weiteren bekannten Problemstoffen aus Abgasen einen angemessenen und ökonomisch wirksamen Preis zu verlangen, sei es durch Steuern, Abgaben oder ein wirklich funktionierendes CO₂-Zertifikatsystem.

Das Allgemeingut Atemluft wird nur schwach geschützt, es wird als Abgasdeponie missbraucht.

Subventionierte Umweltschädlinge

Die Abschaffung zahlloser umweltschädlicher Subventionen oder Steuervergünstigungen für Kohle, Diesel und andere fossile CO₂-Quellen (zusammen ca. 40 Mrd. €/Jahr in D) wird seit Jahren gefordert, aber von keiner Regierung umgesetzt. Dazu gibt es eine aufschlussreiche Studie des Umwelt-Bundesamtes.

Wären diese umweltschädlichen Begünstigungen abgeschafft, müsste man die regenerativen Energien nicht mehr subventionieren, dann gälten tatsächlich gleiche Marktchancen und man könnte das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf wenige Kernbestimmungen über den vorrangigen Marktzugang beschränken. Dann könnte der Energiemarkt bürgerfreundlich gestaltet und neuen Entwicklungen wie Speichertechniken Raum gegeben werden.



Wer treibt den Strompreis?

Die Bundesregierung behauptet seit Jahren, die Erneuerbaren erhöhten den Strompreis. Das ist in dieser Form falsch.

Die Umlage für die EEG-Vergütungen ist deswegen für die Verbraucher so hoch, weil ein Teil davon als Ausgleichszahlung sogar an Atom- und Kohlekraftwerke geht und weil die Regierung unzählige Industriebetriebe von der EEG-Umlagezahlung befreit hat. Die volle Last tragen allein Privathaushalte und Gewerbe. Für die ist das jetzt teuer, aber die Grundlagen dafür haben die Regierungen seit 2009 durch ihre EEG-Änderungen selbst geschaffen. Ursprünglich sah das EEG eine einfache, gerechte und transparente Umlage für alle vor. Was uns teuer zu stehen kommt, sind diese nachträglichen Regelungen.

Strombörsengewinne

Bei windigem Wetter mit Sonnenschein bricht wegen der Vollversorgung durch Regenerative der Strompreis an der Strombörse auf Null ein. Die damit möglichen Verbilligungen des Stromtarifs werden aber nicht an die Verbraucher weitergegeben, die Spanne bleibt bei Stromhändlern und Netzbetreibern. Die meisten von ihnen sind Tochtergesellschaften der altbekannten Kohle- und Atomkonzerne wie RWE, EnBW, Eon, Vattenfall.

Die haben die Energiewende zuerst verschlafen, dann mit Gegenpropaganda verleumdet und profitieren jetzt von dieser Strombörsen-Regelung.

Selbstversorger

Aktuell wird mit modernen Anlagen Wind- und Sonnenstrom für ca. 10 Cent/kWh oder noch günstiger erzeugt. Diese niedrigen Erzeugungskosten und die sinkenden Kosten für Akku-Speicher führen dazu, dass viele Bürger ihr Haus teilweise mit Energie aus PV selbst versorgen.

Das entlastet die Netze und macht wohl auch einige Fernleitungen unnötig. Das gefällt aber weder dem Finanz- noch dem Wirtschaftsministerium in Berlin noch den Konzernen hinter den Netzbetreibern. Besonders Gewerbebetriebe mit größeren PV-Anlagen werden für den PV-Eigenstrom mit Abgaben zur Kasse gebeten.

Das läuft den Grundgedanken des EEG und der Energiewende zuwider.

Klimavertrag Paris 2015

Deutschland hat den Klimavertrag von Paris im Dezember 2015 mit beschlossen und unterzeichnet. Die Selbstverpflichtung, den CO₂-Ausstoß in historisch relativ kurzer Zeit massiv zu senken (Dekarbonisierung), ist aber mit den aktuellen (Kohle-)Plänen der Regierung nie und nimmer zu erreichen! Unser Land wird so absehbar und planmäßig vom weltweit geachteten Vorbild zum Umwelt- und Klimaschutzversager.

Das geht nicht nur aus der Neufassung des EEG-Gesetzes hervor, sondern auch aus dem neuesten vom Wirtschaftsministerium total verwässerten Entwurf zum „Klimaschutzplan 2050“ der Bundesregierung. Unsere Regierung will den Vertrag von Paris nicht erfüllen!

Dieselschutz-Abgasnorm

Die deutsche Regierung hat in Verhandlungen mit der EU massiv darauf gedrängt, dass die EU-Abgasnorm für Fahrzeuge Euro 6 durch Ausnahmen für mehrere Jahre zu Gunsten der Dieselmotoren verwässert wurde. Die deutsche Verkehrs- und Abgaspolitik orientiert sich bisher kaum an der Gesundheit der Bürger, sondern hauptsächlich an den Kostenfragen der Hersteller. Die deutschen Autohersteller erfüllen aber mit ihren Exportmodellen in USA und Japan dort erheblich schärfere Abgasnormen als in Deutschland, wenn sie nicht beim Betrug erwischt werden. Warum geht das nicht auch bei uns? Es ist Aufgabe des Staates, unsere Gesundheit zu schützen.



Verkehrswende

Bis 2030 muss ca. die Hälfte der Fahrzeuge in Deutschland mit abgasfreien Antrieben fahren, um den CO₂-Ausstoß des Verkehrs soweit zu senken, dass das beschlossene Klimaziel erreichbar wird. Der Verkehr muss mit der „Verkehrswende“ seinen Beitrag zum Klimaschutz in historisch kurzer Zeit leisten. Die halbherzige und zögerliche Markteinführung der elektrischen Antriebe in Deutschland geht über den weiterhin hohen Abgasausstoß vor allem auf Kosten des Klimas. Zusammen mit der Energiewende muss der Verkehr mit der nächsten Fahrzeuggeneration durchgreifend klimafreundlich, d.h. abgasfrei werden.

Elektromobilität gilt wegen der höheren Anschaffungskosten - zu unrecht - als teuer. Die deutlich geringeren Unterhalts- und Betriebskosten werden dabei einfach unterschlagen.

Der Elektroantrieb ist derzeit insgesamt die umweltfreundlichste Verkehrs-Option (Öko-Institut).

Weder die EU-Abgasgrenzwerte noch die deutsche Kfz-Steuer sind derzeit darauf ausgerichtet, den CO₂-Ausstoß wirksam und schnell zu verringern.

Im Gegenteil: Der CO₂-Ausstoß steigt und steigt. Das muss sich bald ändern.

Fossile Wirtschaft

Jährlich zahlt die deutsche Volkswirtschaft knapp 100 Mrd. € für Kohle-, Öl- und Gasimporte an Länder wie Russland, Saudi-Arabien, Nigeria etc., mit deren politischen Systemen und mit deren Menschenrechtsverletzungen wir keineswegs einverstanden sind. Saudi-Arabien unterstützt mit unserem Ölgeld u.a. den IS, vor dessen Terrorregime massenhaft Menschen zu uns fliehen.

Empfindliche Ökosysteme sind weltweit durch Öl- und Gasbohrungen verwüstet.

Der Wirtschaftskreislauf rund um die fossilen Energieträger und seine Nebenwirkungen erweisen sich als ökonomischer, umweltpolitischer und moralischer Wahnsinn. Dekarbonisierung ist auch hier der nachhaltige Lösungsweg unserer Zeit.

Industriepolitik

Industriepolitisch ist es verhängnisvoll, den anstehenden Transformationsprozess in Wirtschaft und Gesellschaft, die Dekarbonisierung, auf die lange Bank zu schieben. Die betrieblichen und gesellschaftlichen Folgekosten des Zuspätkommens werden erheblich über denen einer rechtzeitigen Umstellung liegen.

Nachhaltiges Wirtschaften führt konsequent zum alleinigen Einsatz regenerativer Energien.

Für Speicher und die Verkehrswende braucht es entschlossene und nachhaltige Markteinführung. Wir schaffen das – aber wir müssen es jetzt und energisch vorantreiben.

Entscheidungen jetzt

Regierung, Bundestag, Industrie und Gewerkschaften stehen vor der Frage, ob Sie die Verantwortung dafür übernehmen wollen, dass wir Deutschen angesichts der weltweiten Klimaerwärmung und ihrer Folgen um des Macht- und Gewinnerhalts mächtiger Konzerne (Kohle-, Öl- und Gasindustrien) willen die Energiewende herunterbremsen, anstatt alle Hebel zur Bewahrung der uns anvertrauten Welt in Bewegung zu setzen und die Nachhaltigkeits-Transformation voran zu bringen.

Selten war eine Gesetzesnovelle und waren weitere Pläne der Regierung gesellschaftlich und umweltpolitisch derart rückwärtsgewandt und kontraproduktiv. Wir erwarten von allen Entscheidern, jetzt einen Richtungswechsel einzuleiten, durch den auch die vorgeschlagenen bürgernahen Wege zur Zukunft des regenerativen Energiesystems in Deutschland geöffnet werden.

Übrigens: Das EEG 2000 hat nicht etwa ein von Lobbyisten belagertes Ministerium erarbeitet, sondern das haben engagierte Abgeordnete des Bundestags selbst entwickelt. Federführend waren im Jahr 1999 die Abgeordneten Hermann Scheer (SPD) und Hans-Josef Fell (Grüne).